

Er scheint 6 mal wöchentlich.
Wöchentliche Bezugspreise durch Träger einl. 30 Pfg. 1/2 J. 40 Pfg. Trägerschein 1.70; durch die Post 1.70 einl. 1.80. Postbezugsgeld 10 Pfg. Postanweisung 10 Pfg. Postkarte 10 Pfg. Postwertzeichen 10 Pfg. Sammelab. u. Festlags-R. 20 Pfg. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Ansonsten ist die Abbestellung beim Verlag eingegangen sein. Ansonsten ist die Abbestellung beim Verlag eingegangen sein.

Verlagsort Dresden.

Einzelheftpreis die 16seitige 22 mm breite Seite 6 Pfg. 1/2 J. Familienanzahlungen 1 Pfg. Für Postanweisung können wir keine Gewähr leisten.

Sächsische Volkszeitung

Verlagsort: Dresden-N., Poststr. 17, Bureau 20711 u. 20712
Gesamtdirektor, Druck und Verlag: Hermann Kasperowicz u. Verlag G. W. Winkler, Poststr. 17, Bureau 20712
Telefon: Nr. 1026, Bank: Oberbank Dresden Nr. 04707

Dienstag, 16. März 1937

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Betriebsstörungen hat der Verleger oder Verbandsleiter keine Gewähr, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verspätet oder nicht erscheint. Erfüllungsort: Dresden

Rede Schachts auf der Hauptversammlung der Reichsbank

Unsere Finanz- und Währungs politik

„Wir haben die finanziellen Dinge die letzten vier Jahre hindurch gemeistert“

Sparfamer Einsatz der verfügbaren Mittel

Berlin, 16. März.
In der Hauptversammlung der Reichsbank. In der heute bekannte Abschluss für 1936 mit wieder 12 Prozent Dividende, davon 8 Prozent in Bar, genehmigt und die Wahlen zum Zentralausschuss gemäß den Vorschlägen gutgeheißen wurden, ergriff Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort zu folgenden Ausführungen:

In diesen Monaten, in denen wir besonders häufig den Blick auf die seit der Währungsreform verlassene Zeit richten, ist viel über ihre Ziele, Sorgen und Erfolge gesagt worden. Ich möchte mich darauf beschränken, aus der Fülle der Aufgaben, die in der zurückgelegten Etappe an uns herantraten und gebieterisch eine Lösung verlangten, diejenigen herauszugreifen und zu beleuchten, an der die Reichsbank in allererster Linie mitzuwirken berufen war. Das ist die Finanzierungsaufgabe, die in ihren Anfängen vorwiegend ein Ausbringungsproblem darstellte, die aber mit fortschreitendem Krediteinsatz an das Währungsproblem mehr rühren mußte.

Ich darf heute feststellen, daß wir, obwohl das Kreditvolumen über den ursprünglich überschaubaren Rahmen hinaus ausgedehnt werden mußte, die finanziellen Dinge diese vier Jahre hindurch sowohl ausbringungsmäßig als auch währungspolitisch gemeistert haben. Damit haben jene Propheten außerhalb unserer Grenzpfähle Unrecht bekommen, die uns schon lange den Zusammenbruch von Wirtschaft und Währung vorausgesagt haben. Es hilft diesen falschen Propheten nichts, daß sie nun die Weisheit unserer bisherigen Finanzierungsvorhaben hier und da als ein „Wunder“ bezeichnen. Für einen Finanzpolitiker gibt es keine Wunder.

Wir wissen sehr gut, auf welchen Gebieten unsere Mittel unerschöpflich sind und auf welchen es höchster Klugheit bedarf, um mit dem nur spärlich vorhandenen die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die Finanzierung zu diesen letzteren Gebieten gehört, allerdings auch nie darüber, daß wir trotzdem an dieser Frage nicht scheitern werden, weil und solange wir nicht ins Blaue hinein finanzieren. Das Besondere und Schwierige der deutschen Lage liegt nur darin, daß infolge von Krieg, Inflation, Reparationen und Systeminkompatibilität die kapitalmäßige Untermauerung der deutschen Wirtschaft mangelhaft ist.

Die Reichsbank kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie das Finanzierungsproblem in seiner grundsätzlichen Bedeutung mit größter Sorgfalt geprüft hat, daß sie die Maßnahmen, die sich aus der eingeschlagenen Kreditpolitik ergeben, ständig beobachtet und daß sie an ihnen ihre jeweiligen Entschlüsse immer wieder neu ausrichtet.

Diese Klugheit bedeutet nicht das Ausgeben von bewährten Erkenntnissen, die von jeder die Grundzüge unserer Währungspolitik bilden. Wir wissen, daß für unsere Finanzierungs politik hinsichtlich der Wirkungen der Kreditausweitung auf die Gesamtwirtschaft Grenzen bestehen. Die Grenzen liegen insbe-

sondere da, wo die Kreditpolitik aufhört, ein wirtschaftlich gesundes Verhältnis zwischen Geld- und Gütermenge als allein maßgebend gelten zu lassen. Die Reichsbank lehnt es als ihre Aufgabe an, diese Grenzen, die es vorichtig abzutasten gilt, einzuhalten.

Innerhalb dieser Möglichkeiten jedoch haben wir versucht, alle Mittel heranzuziehen und sie so zu leiten, daß ihre Verwendung mit möglichst großem Nutzen erfolgen konnte. Das ganze Geheimnis, woher denn eigentlich das Geld für unsere großen Vorhaben, wie Arbeitsbeschaffung und Wehrhaftmachung, kommt, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Angelegenheit der finanziellen Disziplin. Wie es nicht immer die zahlenmäßig größten Heere sind, die Schlachten gewinnen, sondern oft genug die straffe Führung einer kleinen Armee die Entscheidung erzwingt, so kommt es auch bei knappen finanziellen Mitteln in erster Linie darauf an, wie sie eingesetzt werden. Bereits in den ersten Monaten nach der endgültigen Währungsreform wurden alle Fäden des deutschen Geld- und Kapitalwesens in einer Hand vereinigt und damit eine Handhabe gewonnen, durch die der Geld- und Kapitalmarkt in seiner Leistungsfähigkeit entscheidend gesteigert wurde. Demnach stand die Emissionsbeschränkung. Hinzu kamen die Neuordnung des Bank-, Kredit- und Börsenwesens, die nach und nach auf alle Kreditbeziehung ausgedehnte Zinsenkung, durch die allmählich das überhohe Zinsniveau in Deutschland abgebaut werden konnte, ferner die Ordnung der öffentlichen, insbesondere der kommunalen Haushalte und schließlich eine Reihe von kleineren Einzelmaßnahmen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Bombenanschlag gegen die Kathedrale von Montpellier

Paris, 16. März.
An einem der Haupteingänge der Kathedrale von Montpellier explodierte in den Abendstunden des Montag eine Bombe, die von unbekanntem Täter dort niedergelegt worden war. Durch die Gewalt der Explosion wurden nicht nur die Kirchtür und das Innere der Kirche beschädigt, sondern auch sämtliche Fenstergehäusen der umliegenden Häuser zertrümmert.

Eine genaue Untersuchung ergab, daß es sich um eine runde Bombe von etwa 15 cm Durchmesser gehandelt haben muß, die wahrscheinlich von einem Richtschmann hergestellt worden war. In zuständigen Kreisen fragt man sich, ob es sich nicht um einen anarchistischen Anschlag handle. Gerade in der letzten Zeit seien zahlreiche Anarchisten nach Montpellier gekommen, was schon häufig zu Beunruhigungen in der Bevölkerung Anlaß gegeben habe.

Die Vorkämpfer Belgiens, Sowjetrußlands und Italiens bei Delbos

Frankreich versucht Druck auf Belgien

Lebhafter Betrieb am Quai d'Orsay

Paris, 16. März.
Der Quai d'Orsay entwickelte am Montag eine recht lebhaft diplomatische Tätigkeit. Der Außenminister empfing hintereinander die Vorkämpfer Belgiens, Sowjetrußlands und Italiens, wobei die Erörterungen über die Westpaktpläne auf der Tagesordnung standen. In Paris politischen Kreisen meint man, die Unterredung zwischen Außenminister Delbos und dem belgischen Vorkämpfer habe als weitaus wichtigste zu gelten, da von der Haltung Belgiens sehr viel abhängt. Die Bestrebungen der Vorkämpfer Regierung, volle Neutralität zu bewahren, das heißt die Sicherheit des Landes wohl von den Großmächten garantieren zu lassen, selbst aber nicht an irgend einem Garantiepakt zugunsten dieser Mächte teilzunehmen, habe in Paris starke Beunruhigung ausgereizt, da die militärischen Abkommen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und zwischen England und Frankreich andererseits damit in Frage gestellt würden.

Der „Jour“ erklärt mit frommem Augenaufschlag, die französische Regierung wolle nicht den Eindruck erwecken, als ob sie einen Druck auf Brüssel ausübe, und sie ziehe es

vor, London die Führung der Verhandlungen zu überlassen. Demgegenüber sagt „Petit Journal“ offen, die gestrige Unterredung habe in erster Linie den Zweck gehabt, Londons Bemühungen, Belgien zu einer Wenderung seiner Auffassung zu bewegen, zu unterstützen. Man habe jedoch zum mindesten bisher den Eindruck, daß diese Bemühungen keinen Erfolg gehabt hätten.

Die Unterredung des Außenministers Delbos mit dem sowjetrussischen Vorkämpfer galt selbstverständlich dem Schicksal des französisch-sowjetrussischen Paktes. Am Rande bemerkt „Petit Journal“ zu der Gesamtfrage, man dürfe sich auf alle Fälle in Londoner diplomatischen Kreisen nicht einbilden, die Wache Berlin-Rom schwächen zu können. Hitler und Mussolini hätten im Gegenteil die Gelegenheit, die ihnen die Antwort an London bot, ergriffen, um noch einmal ihrer Solidarität Ausdruck zu geben.

Die Verhandlungen über einen neuen Westpakt seien auf jeden Fall schon jetzt äußerst schwierig. Der Außenminister des „Excelsior“ schreibt, die französische Regierung werde unter keinen Umständen ihre Politik regionaler Abkommen im Rahmen des Völkerbundsabkommens ändern. Hierunter falle auch der französisch-sowjetrussische Pakt. Außenminister Delbos habe sehr wahrscheinlich den sowjetrussischen Vorkämpfer am Montag von diesem Standpunkt unterrichtet.

Aktuelle Probleme der deutschen Presse

Magdeburg, 16. März.
Im Rahmen der Tagung der Reichspressekammer bei der Gaukulturwoche Magdeburg-Anhalt sprach der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse, Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß, über aktuelle Probleme der deutschen Presse. Er führte u. a. aus:

Die Pressepolitik des nationalsozialistischen Staates ist lediglich eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Staatspolitik auf dem Gebiet der öffentlichen Publizistik. Das Deutsche Reich hätte seine Wehrfreiheit und das Rheinland nicht zurückhalten, es hätte keine imponierende Luftwaffe aus dem Nichts heraus aufbauen können, es hätte keine Autostraßen und Monumentalbauten, es wäre heute noch in den Fesseln der Kriegsschuldlinge, und der Versailles Vertrag wäre heute noch Bestandteil der Verfassung, wenn sich die Leitartikel der deutschen Presse so wie früher verantwortungs- und disziplinoslos aller dieser Probleme bemächtigt hätten. Sie hätten sie zerredet, bevor an ihre Durchführung auch nur hätte gedacht werden können.

Der Wert der journalistischen Eigenarbeit.

Bei aller politischen Konzentration, die die Presse des nationalsozialistischen Reiches stark gemacht hat, darf man nicht vergessen, daß das geistige Niveau der deutschen Zeitung bestimmt wird durch die journalistische Initiative. Sie ist das Wertvollste, was heute in der deutschen Presse erhalten werden muß. Es darf nicht dazu kommen, daß man sich in den Redaktionen daran gewöhnt, kritiklos und intuitiv nach den Direktiven zu arbeiten, die dem Schriftleiter von irgend einer der vielen Pressestellen und Pressämter täglich auf den Schreibtisch gelegt werden. Man darf es hier wieder einmal aussprechen:

Wir haben zu viele Pressescheis im Deutschen Reich.

Ich fürchte, daß der Ruin dieses Zustandes für die Presse und vor allem für das Volkstum im unumkehrten Verhältnis zu dem Material- und Personaleinsatz steht, der dafür aufgewendet wird. Und die Zeit, die in den Redaktionen lediglich damit verbracht werden muß, um alle offiziellen und inoffiziellen Wünsche zu befechtigen oder miteinander in Einklang zu bringen, wäre nicht selten einer besseren Sache würdig. Die Zeit ist nun einmal in einer Schriftleitung kostbar. Das Morgenblatt muß heraus, und die Rüge warten nicht darauf, bis ein vorläufiger Referent die Rede seines Herrn und Meisters nach sechsmonatiger Umarbeitung endlich für druckfertig hält. Noch etwas soll in diesem Zusammenhang kurz geklärt werden: das ist die Empfindlichkeit und Summlosigkeit aller jener, die sich heute für irgend etwas verantwortlich fühlen. Wenn heute z. B. ein Berichterstatter auf einem Kongress der Handelskapitane den Eindruck einer leicht alkoholisch getrimmten Feststimmung gewinnt und dem in seiner Zeitung Ausdruck gibt, so liegt am nächsten Tag bestimmt ein geharnischtes Protestschreiben des ausländischen Fachverbandes auf dem Redaktionstisch. Oder wird in einem Bericht über eine Sonntagsummittagsparade der Reichswehrt bei der Aufzählung der Ehrenzüge der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse verlesen, dann beschwert sich am nächsten Tag sicher ein Mann, der in der Kommunalverwaltung mit der Leitung der Zeitungen beauftragt ist. Oder wenn ein Schriftleiter eine kleine und harmlose Geschichte von der Fabelsaison auf den Tüfel Tüfel veröffentlicht, dann hält sich der Kurdirektor von Justiz persönlich für beleidigt, weil er vorher nicht gekostet worden ist, und beschimpft auf einem behördlichen Briefbogen seitenslang die deutsche Presse im allgemeinen und die zurückbleibende Schriftleitung im besonderen. Vielleicht soll man die Dinge nicht tragisch nehmen, aber sie werden bedenklich in dem Ausmaß, in dem sie mit der Drohung verbunden werden können, daß man widerwillig die Machtmittel von Partei und Staat in Anspruch nehmen werde. Hier geht es nicht nur mehr um die Presse selbst, sondern um das Ansehen von Partei und Staat. Alle diejenigen, die es angeht, sollen eines nicht vergessen: der nationalsozialistische Staat hat seiner Presse eine Aufgabe übertragen, deren Erfüllung mindestens ebenso wichtig ist, wie die Erfüllung der Menschen, die in ihren Organisationen mit der berufsmäßigen Verfolgung der Presse beauftragt sind.

Was können Partei und Staat tun, um der Presse auch ihrerseits die Stellung zu geben, die sie gerade im öffentlichen Interesse haben muß? Der Nationalsozialismus hat dafür gesorgt, daß die Kontroll- und Ueberwachungsmaßnahmen der Presse nach einem zielbewußt aufzubauen System vor sich gehen. Wir haben ein eigenes Ministerium mit einer großgebauten Presseabteilung, von der aus die gesamte Presse materiell und personell im denkbar weitestgehenden Maße geleitet und dirigiert wird. Wir haben die Pressekammer mit ihren großen Vollmachten zum Eingriff in die Verlags- und Vertriebsverhältnisse der deutschen Zeitungen. Wir haben den Reichsverband der deutschen Presse, dem mit seiner Berufsgerechtigbarkeit